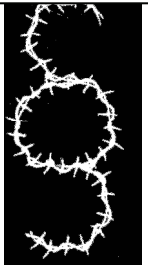




Ge - Denk - Zellen

Altes Rathaus

Forschen – Lernen – Gedenken für unsere Zukunft



Vorläufiges Konzept zur Einrichtung von zwei Ge-Denk-Zellen, 13.4.2011

Diese Vorlage, deren fast gleich lautender Vorläufer dem Kulturausschuss im September 2010 zugeleitet wurde, möchte die Grundstruktur des Konzepts für die geplante Gedenkstätte in den ehemaligen Haftzellen des Alten Rathauses vorstellen. Die Gedenkstätte soll die bestehenden Lüdenscheider Kultur- und Bildungseinrichtungen ergänzen. Der Verein strebt deshalb eine enge Kooperation mit diesen, insbesondere mit dem Geschichtsmuseum, dem Stadtarchiv und der VHS, an.

1. Ort des Gedenkens

Als Ort des Gedenkens stehen seit langem fest die ehemaligen Haftzellen im Alten Rathaus, die nachweislich auch rechtswidrigen Terrormaßnahmen des NS-Regimes dienten. Die Gedenkstätte soll in zwei Zellen im Anschluss an die Abschlusstür zum Windfang eingerichtet werden. Sollten diese Räume so stark frequentiert werden, dass eine Erweiterung der Gedenkzellen angebracht erscheint, müsste dies mit der Stadt neu besprochen werden.

Die Einrichtung, der Unterhalt und der Betrieb der Gedenkstätten ist Aufgabe des Vereins „Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid e.V.“. Bauliche Maßnahmen im Zuge der Einrichtung der Zellen sollen nur insoweit von der Stadt Lüdenscheid übernommen werden, wie es den Pflichten der Stadt als Eigentümerin des Gebäudes entspricht beziehungsweise wie ein Vermieter ein Objekt an einen Mieter übergibt.

Alle unmittelbar mit der Einrichtung der Zellen im Zusammenhang stehenden Arbeiten wie der Schutz der Wandoberflächen oder die inhaltliche Ausgestaltung der Gedenkzellen sind Aufgabe des Vereins. Der Stadt Lüdenscheid werden hier keine Kosten entstehen. Gleiches gilt für den Unterhalt und den Betrieb der Gedenkstätte. Sie erfolgen mit Mitteln und Personal des Vereins.

Die Gedenkstätte wird zu regelmäßigen Öffnungszeiten (geplant sind zwei Termine in der Woche) sowie auf Anfrage öffentlich zugänglich sein. In dieser Zeit sind Mitglieder des Vereins anwesend, die Aufsichts- und Auskunftsfunktionen wahrnehmen, durch die Gedenkstätte führen und bei Bedarf, beispielsweise für Schulklassen, weiterführende Materialien anbieten und erläutern. Notwendige Versicherungen werden ebenfalls von dem Verein abgeschlossen.

2. Wessen wir gedenken wollen

Gedacht werden soll der Opfer nationalsozialistischen Unrechts, die in den Zellen inhaftiert waren. Diese Eingrenzung des Opferkreises macht unsere Stätte des Gedenkens authentisch und unverwechselbar mit anderen, bereits vorhandenen und anders begründeten Plätzen und Veranstaltungen. Unter dem genannten Kriterium wäre in den Zellen insbesondere zu gedenken der dort inhaftierten politischen Gegner der Nationalsozialisten, zumeist Sozialdemokraten und Kommunisten, sowie der 1929 gewählten und hier inhaftierten Ratsmitglieder von Zentrum, SPD und KPD, der jüdischen MitbürgerInnen als Opfer der eliminierenden nationalsozialistischen Judenfeindschaft sowie der ZwangsarbeiterInnen. Die Berücksichtigung des Datenschutzes und anderer schützenswerter Interessen ist in allen Teilen der Ausstellung selbstverständlich.

3. Form des Gedenkens

Gedacht werden soll der Opfer im Rahmen einer Dauerausstellung („Bleibendes Gedenken“) aus Schautafeln, die neben kurzen erläuternden Texten Bilder, Dokumente und Zeitungsausschnitte im Faksimile wiedergeben. Sie werden durch Vitrinen mit Exponaten und durch Videos mit Zeitzeugeninterviews, welche derzeit in Kooperation mit dem Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität in Hagen erstellt werden, ergänzt. Für jede der unter 2. genannten

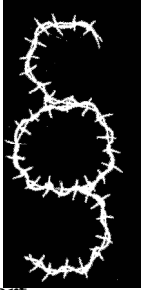
13.04.2011



Ge - Denk - Zellen

Altes Rathaus

Forschen – Lernen – Gedenken für unsere Zukunft



Opfergruppe stehen Tafeln mit Biographien zur Verfügung. Der biographische Zugang erleichtert es den Besuchern der Gedenkstätte, Empathie für die Opfer aufzubauen und sich in deren Lebenssituation einzufühlen. Gleichzeitig eröffnet er einen differenzierten Blick auf das damalige Zeitgeschehen in Lüdenscheid, da nicht nur von negativen Erfahrungen, sondern auch von Hilfe und Solidarität durch Lüdenscheider Bürger berichtet wird. Schüler und andere Besucher können im Anschluss an ihren Besuch die Lebensstationen der vorgestellten Personen in der Stadt abgehen, wofür ein Stadtplan der NS-Zeit erarbeitet wird.

4. Informationen über die Täter

Die Gedenkstätte informiert in eingeschränktem Umfang über den Verfolgungsapparat und dessen Protagonisten. Die Rolle der „Schutzhaft“ als vom bisherigen Recht losgelöstes Disziplinierungs- und Terrorinstrument wird besonders herausgestellt, da sie in Lüdenscheid in den Haftzellen des Alten Rathauses vollzogen wurde. Geradezu beispielhaft dafür steht die Inhaftierung von mindestens fünf Ratsmitgliedern Lüdenscheids. Einige der für unrechtmäßige Inhaftierungen in Lüdenscheid verantwortlichen Personen werden vorgestellt, auch wenn ihre Taten nicht vergleichbar sind mit dem, was denselben Opfern später andernorts geschah. Es soll jedoch deutlich werden, dass die hiesigen Täter Teil eines komplexen Räderwerks waren, das nur funktionieren konnte, wenn auch die kleinen Rädchen sich mitdrehten.

5. Projektarbeit von Jugendlichen

Zum Gedenkzellen-Konzept soll auch gehören die Anregung und Förderung der Projektarbeit von Jugendlichen, insbesondere von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Mitgliedern einzelner Jugendorganisationen. Sie können beispielsweise ausgehend von Materialien, die der Verein anbietet, Lebenswelt und Lebenswege von Opfern recherchieren, deren Schicksal in der Ausstellung – der eng begrenzten Auswahl wegen – nicht im einzelnen dokumentiert werden kann, oder nach weiteren lokalen Reaktionen auf die in Berlin beschlossenen Unrechtsakte forschen. Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen weiterführender Lüdenscheider Schulen haben ihr Interesse an einer Mitarbeit bereits bekundet, ebenso Vertreter des Stadtjugendrings, der als besonderer Kooperationspartner gelten kann.

6. Heutiger Planungsstand für 12 biographische Tafeln in zwei Zellen und einer Tafel im Flur:

1. Zelle A-F: Rassismus, 2. Zelle G-M: politische und teils religiöse Verfolgung

- A. Die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Familie Gobas
- B. Die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Familie Kletter
- C. Die Verfolgung und Ermordung der Kinder der jüdischen Gemeinde Lüdenscheids
- D. Die Verfolgung und Verhaftung des Helfers der Juden: Karl Klauke
- E. Die Verhaftung und Ermordung der psychisch kranken Luise H. u.a.
- F. Ein osteuropäischer Zwangsarbeiter
- G. Erwin Welke, SPD, 5 Jahre Zuchthaus, Strafbataillon
- H. Familie Jüngermann, SPD-Ratsherr und Fraktionssprecher
- I. Hermann Massalsky, KPD-Freund, mehrfach verhaftet, 1945 in Lüdenscheid exekutiert
- K. Alex Uessler, KPD, mehrfach inhaftiert, 1945 im Rombergpark/Dortmund exekutiert
- L. Emil Fischer, inhaftierter Zentrums-Ratsherr, Sekretär des christl. Metallarbeiterverbands
- M. Wilhelm Kusserow und andere Zeugen Jehovas

Im Flur: Polizeichef P. Jansen – vom Beschützer der Juden zum Chef von Einsatzkommandos

Promovierte Fachleute sorgen für die wissenschaftliche und Pädagogen für die didaktische Qualität. i.A. M. Wagner

Gedanken zu dem Planungsgespräch zwischen Kulturamt, ZGW, Museum und Verein
„Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid“ aus dessen Sicht 25.3.2011

„Indem wir an die Diktatur und den NS-Terror in Lüdenscheid erinnern, dokumentieren wir den Wert der Demokratie und der Menschenrechte.“

Viele Lüdenscheider Ratsmitglieder der Weimarer Republik und nach 1945 zählen zu den 800 Verfolgten und Inhaftierten in den Zellen des Alten Rathauses u.a. Emil Fischer-Zentrum, Erwin Welke-SPD.

Inhalte:

In den zwei Zellen sollen auf 2 x 6 Plexiglaswänden (Türblattgröße) ca. 12 hier inhaftierte Personen vorgestellt werden. Für die erste Ausstellungsinstitution sind vorgesehen:

1. Alte jüdische Familie, 2. Zugereiste jüdische Familie, 3. Jüdische Kinder, 4. Helfer von Juden: Karl Klauke, 5. Zwangsarbeiter, 6. Opfer der Euthanasie, 7. Sozialdemokrat, 8. Sozialdemokrat: E. Welke, 9.+ 10. Kommunist, 11. Zentrum: E. Fischer, 12. Zeuge Jehovas.

Der Verein öffnet ein- bis zweimal wöchentlich die Ausstellungsräume und beaufsichtigt sie. Auf Nachfragen von Gruppen, Einzelpersonen und Schulen können jederzeit Führungen vereinbart werden.

Form:

Die Zellen sollen nicht verändert und verschönert werden, um den Urzustand zu erhalten. Vor den morschen Putz werden Plexiglaswände gestellt, die durch LED-Licht sich und die Zellen beleuchten. Da die Bodenfläche nicht mehr als 33 qm beträgt und die Raumhöhe gering ist, sollten nicht mehr als 15 Personen zugelassen werden, damit der Sauerstoffgehalt ausreicht.

Grundlegende Kosten:

Der geringen Personenzahl entsprechend sollte geprüft werden, ob die von der ZGW berechneten Elektro- und Brandschutzkosten ca. 28 000 € betragen müssen. Die Sicherheitsmaßnahmen dienen auch dem Schutz des städtischen (VHS) Zentralrechners und der Kellerräume sowie des Fluchtwegs im Gebäude. Weitere Maßnahmen erscheinen dem Verein wenig sinnvoll.

Angebot des Vereins:

Er übernimmt die Ausarbeitung und Herstellung der Ausstellung und beteiligt sich durch Eigenleistungen an notwendigen Reparaturarbeiten.

Gemeinsame Finanzierung von Stadt und Verein mit Zuschüssen:

Um die Gesamtkosten, die unter 50 000 € liegen, zu reduzieren, sollten Zuschüsse beantragt werden, die die Kosten für die Stadt und den Verein mindern.

1. „Europa für Bürger“ bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Weberstr. 59 a, 53113 Bonn. Die Europäische Union fördert Geschichts- und Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus, bes. im Austausch mit Partnerstädten. (Möglichkeit: Den Helder)
2. Landeszentrale für politische Bildung NRW, bis 5 000 € in Aussicht gestellt.
3. Landschaftsverband Westfalen (Finanzierung der Gedenkstätte Hemer), Archivamt, Denkmalschutzbehörde und Museumsamt
4. Regionale Südwestfalen, Kulturbüro
5. Stiftungen der politischen Parteien: K. Adenauer, F. Ebert, F. Naumann, H. Böll
6. Arbeitsagentur: Lohnzuschüsse für Arbeiten (Z.B. Gedenkstätte in Osnabrück)
7. Zugesagte Beteiligung Lüdenscheider Firmen

Zusammenarbeit:

Mit dem Stadtjugendring, den Schulen, den Parteien, der VHS, den Kirchen, den Gewerkschaften u.a.m. sollen Menschen über die vergangene NS-Diktatur informiert werden, damit sie die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten heute erkennen und sich hier für sie einsetzen.

Matthias Wagner